

# **SOCIETY FOUNDATION FOR JUSTICE**

**For the defence of universal human and civil rights**

**Igazságos Társadalom Alapítvány (Hungary)**

**Register number in Hungary: 13-01-0004134 President: Dr. Attila Monostory**

**Address: Hunor utca 55, 8171 Balatonvilágos, Hungary**

**Email: monostoryattila13@gmail.com**

Mr.

Donald Tusk, Prezes Rady Ministrów

Kancelaria Prezesa Rady Ministrów

al. Ujazdowskie 1/3

00-583 Warszawa

Rzeczpospolita Polska

Balatonvilágos, 26.09.2024

## **OFFENER BRIEF**

Eure Exzellenz,

als Präsident der Stiftung „Society Foundation for Justice“ schreibe ich Ihnen in einer Angelegenheit, die für unsere Stiftung als Verteidiger der Menschenrechte eine außerordentliche Wichtigkeit aufweist.

Zuerst möchte ich betonen, dass man Ihre außerordentlichen Verdienste für Europa und Polen nicht genügend würdigen kann. Sie haben eine weltgeschichtliche Rolle in der Arbeitsweise der Europäischen Union gespielt, die die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und auch die Staaten außerhalb der Union respektieren.

Meinerseits bin ich ein engagierter Verfechter der Einheit der Europäischen Union. Ich distanzieren mich von den verschiedenen Strömungen der Politik, indem ich mich gegen jede Art von autoritären Bestrebungen in den Staaten der Europäischen Union für die Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte engagiere.

Sie waren von 2019 bis 2022 Vorsitzender der Europäischen Volkspartei. Zuvor waren Sie von 2014 bis 2019 Präsident des Europäischen Rates. Während dieser Zeit haben Sie sich stets bemüht, die gemeinsamen europäischen Ideen weiterzuentwickeln und überhaupt die Idee eines gemeinsamen Europas zu verteidigen.

Von 2007 bis 2014 waren Sie Ministerpräsident der Republik Polen. Während Ihrer siebenjährigen Regierungszeit gab es in Polen ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum, und während der Krise wuchs die polnische Wirtschaft um fast 20 % – ein Rekordergebnis in Europa! Diese enorme Leistung für die Republik Polen war auch Ihr Verdienst.

Am 13. Dezember 2023 übernahmen Sie erneut das Amt des polnischen Ministerpräsidenten. Da Sie viel im Untergrund unter der kommunistischen Herrschaft arbeiten mussten, haben Sie viel Erfahrung darüber gesammelt, wie schrecklich es ist, wenn Rechtsstaatlichkeit mit Füßen getreten wird. Deshalb haben Sie sich mit Ihrer Tätigkeit genauso in Europa wie in Polen stets für die Rechtsstaatlichkeit eingesetzt. Ein funktionierender Rechtsstaat war für Sie immer eine Herzensangelegenheit.

Deshalb wende ich mich vertrauensvoll an Sie und möchte Ihnen einen Fall melden, der mit Ihren Prinzipien und Idealen überhaupt nicht kompatibel sein kann.

Ich bitte Sie schnellstens um Ihre Hilfe. Der gute Ruf der Republik Polen als Rechtsstaat darf in keiner Weise beschädigt werden. Meine Stiftung „Society Foundation for Justice“ hat erfahren, dass der deutsche Staatsbürger Udo Leibmann in Wrocław beschuldigt und ihm „Das Führen eines Angriffskrieges gegen die Ukraine“ vorgeworfen wird. Der Fall wird unter dem Aktenzeichen III K 409/23 beim Gebietsgericht Wrocław III. Strafkammer geführt.

Da Sie genügend Erfahrung mit politischer Willkür während der kommunistischen Zeit gesammelt haben, wissen Sie, dass ein Mensch ganz allein niemals ein Angriffskrieg gegen ein anderes Land führen kann. Wie wir erfahren haben, hat die Staatsanwaltschaft sogar die Zulassung von Zeugen und Annahme von Beweismaterial verweigert und so soll die nächste Verhandlung am 11. Oktober 2024 stattfinden. In einem Rechtsstaat, wie Polen ist, darf so ein Fall überhaupt nicht vorkommen. Dieses Verhalten der Staatsanwaltschaft in Wrocław scheint die Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte nicht zu berücksichtigen und könnte damit das Ansehen der Republik Polen schädigen.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass ich das polnische Justizsystem und die nationale Souveränität der Staatsanwaltschaft respektiere. Es wäre wichtig für die europäische Demokratie, wenn die Grundsätze der Europäischen Union, die den Richtlinien der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte entsprechen, in Gerichtsverfahren von so großer internationaler Bedeutung voll angewendet würden.

Da die Staatsanwaltschaft auch in Polen weisungsabhängig ist, dürfte es für Sie kein Problem sein, um der Rechtsstaatlichkeit Genüge zu tun. Deshalb bitte ich Sie unverzüglich dafür zu sorgen, dass auch das Gebietsgericht Wrocław unter Einhaltung der Allgemeinen Menschenrechte und der vorhandenen Rechtsstaatlichkeit der Republik Polen handelt.

Ich wünsche Ihnen mit aufrichtigem Respekt bei Ihrer verantwortungsvollen Arbeit im Interesse der Europäischen Union und Polens viel Erfolg. Für Ihre Hilfe bedanke ich mich im Voraus.

Mit aufrichtiger Hochachtung

Dr. Attila Monostory